
1326/AB XXII. GP

Eingelangt am 15.03.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Anfragebeantwortung

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1327/J-NR/2004 betreffend Tschirgantunnel im Zuge der alpenquerenden Transitstrecke Ulm-Mailand, die die Abgeordneten Lichtenberger, Freundinnen und Freunde am 21. Jänner 2004 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Frage 1:

Wie werden Sie dem Ergebnis der Volksbefragung zum Tschirgantunnel in Haiming Rechnung tragen?

Antwort:

In den noch bevorstehenden Verfahren ist die Einbeziehung des Landes Tirols sowie der betroffenen Gemeinden vorgesehen. Halten einzelne noch einzubindende Gebietskörperschaften frühzeitig eine Volksbefragung für zweckdienlich, wird damit ein wesentlicher Beitrag zur internen Willensbildung innerhalb dieser Gebietskörperschaften geleistet. Für den weiteren Planungsprozess wird die von den dazu legitimierten Vertretern der Gebietskörperschaften schriftlich dargelegten Meinung Berücksichtigung finden. Im Fall der Gemeinde Haiming liegt mir diese noch nicht vor.

Frage 2:

Werden Sie weiterhin auch gegen den Willen von Anrainergemeinden und gegen den Willen breiter Kreise der ansässigen und betroffenen Bevölkerung an der Realisierung dieses Projektes festhalten, wenn ja warum?

Antwort:

Die sieben von dem Bau des Tschirgantunnels massiv von den Auswirkungen des Verkehrs entlasteten Gemeinden fordern seit Jahren die Realisierung, selbst in Bürgermeisterkonferenzen des Bezirkes Imst wurde mit Ausnahme von Haiming seit Jahren der Bau des Tschirgantunnels gefordert. Auch für Landeshauptmann DDr. Van Staa stellt der Tschirgantunnel ein für das Land wichtiges Projekt dar. Der Tschirgantunnel ist ein bundesgesetzlicher Auftrag an mich.

Frage 3:

Halten Sie die Errichtung von verkehrsvermehrenden Transitstraßen gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung für geeignet, Österreichs Glaubwürdigkeit bei dringendst erforderlichen Einsatz für eine verantwortungsvollere Verkehrspolitik in Brüssel und bei den Nachbarn zu stärken?

Antwort:

Es wird keine Transitstraße geplant und auch nicht errichtet. Der Tschirganttunnel entlastet einer fundierten Untersuchung entsprechend sieben Gemeinden dieser Region vor den Auswirkungen des Verkehrs. Die Lebensqualität von rd. 18.000 Einwohnern wird extrem verbessert.

Fragen 4 und 5:

Werden Sie weiterhin der auch im Zusammenhang mit dem Tschirganttunnel und weiteren Transitstraßenprojekten ergangenen Aufforderung der "Union Europäischer Industrie- und Handelskammern" folgen, "die Planung und Realisierung von Projekten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wirkungsvoll zu unterstützen, und sich insbesondere auch gegenüber der Bevölkerung für diese Projekte mit Nachdruck einzusetzen"?

Was haben Sie unternommen, um den Vorsitzenden der Union Europäischer Industrie- und Handelskammern, Dr. Christoph Leitl, davon zu überzeugen, dass die von seiner Institution vorgebrachten umfassenden Forderungen nach dem Bau zahlreicher weiterer Transitstraßen im sensiblen Alpenraum im Gegensatz zu den Erfordernissen Österreichs und im Gegensatz zur - zumindest verbal vertretenen - Linie der FPÖ-ÖVP-Regierung in der Transitfrage steht?

Antwort:

Meine Bemühungen und die des Landes Tirol zur Inangriffnahme des Tschirganttunnels erfolgen aufgrund des Bundesstraßengesetzes und des Generalverkehrsplanes Österreich.

Das Land Tirol unterstützt die Realisierung vollinhaltlich. Unterstützt eine privatrechtliche Vereinigung den Tschirganttunnel, so ist das alleine deshalb kein "weiteres Transitstraßenprojekt". Der Tschirganttunnel dient ausschließlich österreichischen Verkehrsinteressen.